



Polizeiboot „Uckermark“

CARO / SORGE

Bundespolizei Boote nach Griechenland

Zwei Boote der Bundespolizei werden von Anfang März an die griechische Küstenwache in der Ägäis unterstützen.

Die beiden 21 Meter langen Wasserfahrzeuge „Uckermark“ und „Börde“ sollen per Schiff ins Mittelmeer transportiert werden und voraussichtlich vor der Insel Lesbos zum Einsatz kommen. Dabei geht es um Unterstüt-

zung bei der Grenzüberwachung und um die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot. Der Besatzung wird es ausdrücklich erlaubt sein, Waffen zu tragen. Der Einsatz findet im Rahmen der europäischen Grenzschutzagentur

Frontex statt. Die beiden deutschen Boote und ihre Besatzung werden aber den griechischen Behörden unterstellt. Aus „Kosten Gründen“ ist die Abordnung zunächst auf drei Monate begrenzt. aul

Regierung Richtlinien nicht umgesetzt

Gegen die Bundesrepublik laufen derzeit 41 Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU-Kommission, weil die Regierung in Berlin Richtlinien aus Brüssel nicht umgesetzt oder gegen sie verstoßen hat. Die meisten Verfahren betreffen das von Alexander Dobrindt (CSU) geführte Bundesverkehrsministerium.

Das räumte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Abgeordneten Bärbel Höhn hin ein. Darunter sind unter anderem die von Dobrindt geplante Pkw-Maut, gegen die die EU-Kommission schwere Bedenken geäußert hat. Auch die Umsetzung einer Richtlinie, um Informationen über Verkehrsstraftaten zwischen den EU-Ländern besser austauschen zu können, steht zum Beispiel noch aus. gt

Odenwaldschule Zerstrittener Opferverband

Nach dem Ende der insolventen Odenwaldschule steht nun auch die Vertretung der Missbrauchsoffer an dem früheren Elite-Internat vor dem Aus. Mitglieder des Vereins „Glasbrechen“ streiten derzeit vor Gericht über eine Selbstauflösung des Vereins. Mehr als die Hälfte der ehemals gut 40 Mitglieder haben zum Jahresende ihren Austritt erklärt, sagt Adrian Koerfer, der bisherige Vorsitzende. Überdies hatten 14 Mitglieder um Koerfer bereits im Oktober die Liquidation des Vereins beschlossen. Dieser Beschluss wird jedoch von einer Gruppe um die bisherige Vizevorsitzende sowie den Frankfurter Rechtsanwalt Jens Jörg Hoff-

mann angefochten. Hintergrund des Streits ist, neben persönlichen Verwerfungen, auch die Frage, wie viel Distanz zu den Insolvenzverwaltern der Schule nötig ist, um den Schutz und die Anonymität der Missbrauchsoffer zu sichern. Der Verein Glasbrechen hatte mit einer Rechtsanwältin und einer früheren Richterin Entschädigungszahlungen der Schule an einen Teil der mindestens 132 Opfer sexuellen Missbrauchs durch Lehrer an der Odenwaldschule vermittelt. Nach der Pleite des Internats könnten solche Zahlungen womöglich als Teil der Insolvenzmasse zurückgefordert werden, befürchten viele Mitglieder. Einige wollen den Verein dennoch weiterführen und mit der Insolvenzverwalterin eine Lösung suchen. mab



A2 bei Hannover

TUDIAN STRAßENSCHÜTZE / DPA